

Bräuereiarbeiterzeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgepalte Kolonelle 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Die gegenwärtige Krise in der Branindustrie macht es jedem Arbeiter in der Branindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Bräuereiarbeiterverband anzuschließen!

Wie unsere Steuern aufgebracht und veran werden.

VI.

Windige Ausreden.

Im ursprünglichen Steuerplane, den die Regierung dem Reichstag im Winter 1908 vorlegte, befand sich, wie wir gesehen haben, nur eine einzige Steuer, die mit mehr oder weniger Recht als eine Besitzsteuer angesprochen werden konnte, nämlich die 92 Millionen Mark Erbschaftsteuer. Es ist kennzeichnend für die soziale Gesinnung der Regierung und für ihre Abhängigkeit von den besitzenden Volkskreisen; daß sie mit einer sonst nicht an ihr bemerkten Entschiedenheit gerade gegen die beste, wirksamste und gerechteste Besitzsteuer, nämlich die Einkommens- und Vermögenssteuer, Verwahrung einlegte. Es schien ihr gewiß von ihrem Standpunkte aus schon alles Mögliche, daß sie gnädig zugab, es erscheine „absolut notwendig, zur Deduktion des Reichsbedarfs neben den direkten Steuern auch solche Steuern einzuführen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen“ würden. Als ob sie über ihre eigenen Worte erschreckt gewesen wäre, fügte sie aber dann sofort hinzu, dieser Ausgleich könne natürlich nicht auf dem Wege der Einkommens- und Vermögensbesteuerung erfolgen, „da diese das unentbehrliche Fundament der einzelstaatlichen und kommunalen Finanzwirtschaft bilde“. Die verbündeten Regierungen seien daher fest entschlossen, nachdem die Einzelstaaten die Erhebung von Verbrauchs- und Erbschaftsteuern bis auf geringe Maße entzogen sei, ihnen im Interesse ihrer Selbsterhaltung und Finanzsicherheit die Einkommens- und Vermögenssteuer zu reservieren. Nach die Erhebung von Zuschlägen zu den einzelstaatlichen Einkommens- und Vermögenssteuern lehnen die verbündeten Regierungen ab; nicht in sehr weger der technischen Schwierigkeiten, die eine solche Regelung gewiß mit sich bringen würde, sondern aus zarter Rücksicht auf die „materiellen Gründe“; es dürfe nämlich nicht die „notwendige Kapitalbildung“ gefährdet werden. Uebrigens sei die Belastung der Wohlhabenden durch direkte Steuern in Staat und Gemeinden bereits so groß, daß man sie nicht ohne Gefahr der Abwanderung des mobilen Kapitals noch mehr steigern dürfe!

Das staatsrechtliche Mantelchen, das in dieser Begründung der Ablehnung direkter Steuern auf Einkommen und Vermögen hingehängt worden ist, soll uns über den Kern der Sache nicht hinwegtäuschen: Im Klasseninteresse der Besitzenden wollten die Regierungen nicht, daß der Reichstag die Verfügung über den Geldbeutel der Reichsstände erhalte. Das ist des Pudels Kern; alles andere ist bloße Gerede. Man stelle es sich doch nur einmal vor, wie es wirklich in der Welt hergeht: nur unter dem Schutze des Reiches haben die Kapitalisten in einer langen Friedenszeit ungeheure Reichtümer zusammengehäuft, können, während und weil das hart arbeitende Volk der Minderbemittelten persönliche und sachliche Lasten der ganzen Herrlichkeit in erster Linie zu tragen hatte. Wenn die Reichsstände nur die Lasten herangezogen werden sollten, und zwar in einem Maße, wie es ihrer Kraft entspricht, dann würde die „Kapitalbildung“ noch lange nicht gefährdet; das lehrt ein einziger Blick auf die Zahlen der preussischen Einkommensstatistik. In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gab es in ganz Preußen noch keine hundert Menschen, die ein jährliches Einkommen von 100 000 M. besaßen; ein Lebensalter später, 1891, war ihre Zahl schon auf 1400 bis 1500 gewachsen, 1902 hatte sie sich wieder verdoppelt, 1905 betrug sie 2900, 1907 3600 und im Jahre 1909 wahrscheinlich schon an 5000. Und mit der Einkommensentwicklung in den Klassen von 20 000 bis 100 000 M. steht es genau so. Der Prozentsatz derjenigen, die über ein zum leidlich behaglichen Leben genügendes Einkommen von etwa 8000 M. und mehr jährlich zu verfügen haben, ist im ganzen nicht erheblich gestiegen und macht auch heute nur erst wenig über 6 Proz. der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen aus; aber die Einkommenssumme, die diese 6 Proz. in die Kasse stecken, ist ganz kolossal angewachsen! Aus Bergwerken, Fabriken, Handelsunternehmungen, großen Landgütern, Bankgeschäften usw. haben jene 6 Proz. der Höchstbesteuerten in dem letzten halben Menschenalter Einnahmen zu verzeichnen gehabt, die unärsenschaftlich groß sind. In den Kreisen dieser Leute gibt man z. B. in Berlin jährlich seine 50 000 bis 60 000 M. für den Haushalt aus, ohne daß man Anspruch erheben könnte, in der ersten Reihe zu rangieren. Die ganz Reichen, Leute mit einem Einkommen von 3 bis 4 Millionen Mark oder noch mehr, halten sich ihre eigenen Hausminister, die einen Etat von 500 000 bis 600 000 M. zu bewirtschaften haben. Und diese „Kapitalbildung“, d. h. diese Zusammenfassung riesiger Reichtumsquoten, soll durch eine Reichseinkommensteuer gefährdet oder gar gefährdet werden? Das ist einfach lächerlich. Wahr dagegen ist, daß beim Mangel einer direkten Reichsbesteuerung dieser riesige Zuwachs an Einkommen und Vermögen weniger Abwärtiger von Beiträgen für das Heer, die Flotten, die auswärtige Politik, für die ganzen Reichsausgaben vollständig verschont geblieben sind. Was das soll recht sein? Jedenfalls wollte es uns die Regierung in ihrer Begründung einreden!

Nun sagt man: die Einzelstaaten und die Gemeinden erheben doch direkte Steuern. Ja, das ist schon richtig, die Frage ist nur, wie viel oder vielmehr wie wenig. Hören wir einmal, was ein so konservativer Mann wie der schon früher von uns erwähnte

Professor Adolf Wagner darüber zu sagen weiß: „Schwerlich wird die durch die indirekten Steuern, namentlich auch durch die Agrarzölle bedingte Höhenbelastung der großen Volksmasse, der unteren Klassen, für die Reichszölle durch die einzelstaatliche und kommunale direkte Besteuerung der mittleren und oberen Klassen und durch die Steuerfreiheit oder geringere Belastung der unteren Klassen bei dieser Besteuerung in den Gliederstaaten, Verbänden, Gemeinden schon genügend kompensiert. Genügend, das heißt in dem Maße, wie es die Minimalforderungen verlangen, welche aus dem anerkannt leitenden Grundsatze der modernen Steuerpolitik, der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, der Klassen, Berufe, Einzelnen, folgen. Aber selbst, wenn dieses durch die bisherige gesamte Steuerbefassung im Reich, Staaten, Gemeinden zusammen erreicht würde, was ich, besonders wegen der Weiterwirkung der Agrarzölle auf die Preise von Getreide usw. im Inlande überhaupt bezweifle, so ist eben noch mehr zu verlangen; nämlich, daß die mittleren und besonders die oberen Klassen nicht nur mindestens ebensoviel im Verhältnis zu ihrer, namentlich in der Einkommenshöhe liegenden Leistungsfähigkeit im ganzen an Steuern tragen, wie die unteren, sondern daß sie verhältnismäßig mehr tragen. Das ist aber bei der immerhin schon eingetretenen bedeutenden Steigerung der Erträge unserer Zölle und Verbrauchssteuern bisher nicht erreicht worden. Es wird bei noch weiterer und unabweidlicher Steigerung dieser Erträge, namentlich beim Festhalten an hohen Agrarzöllen, immer weniger erreicht werden.“

Adolf Wagner war immer ein schröcker Gegner der Sozialdemokratie; ihm kann man nicht damit kommen, daß man sagt, er „umschmeichle die Massen“ oder beträte einseitig die Interessen der Arbeiter; er ist ein furchtloser und unabhängiger Mann, dessen Ansichten wir oft bekräftigen, aber den kapitalistischen Angehörigen abhold ist. An einer anderen Stelle hat er einmal gesagt: „Gewiß, trotz aller berechtigten Bedenken ist die indirekte Besteuerung des Verbrauchs die steuertechnisch geeignetste Form der Besteuerung der großen Volksmasse, der unteren und teilweise auch der mittleren Klassen (was wir befreiten!). Aber ebenso gewiß: nur durch direkte und ähnlich wirkende Steuern können die mittleren und besonders die höheren Klassen nach der individuellen Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder überhaupt genügend besteuert werden. Von den Zöllen, den inneren Verbrauchssteuern, auch den überhaupt ausführbaren Luxussteuern, auch den Verkehrssteuern auf Rechtsgeschäfte werden diese Klassen mit höherem Einkommen und Vermögen und mit Besitz, Renten, Spekulations-, Konjunkturgewinnbegühen zwar mitgetroffen, aber nicht ihrer Leistungsfähigkeit gemäß. Dazu sind direkte Steuern unentbehrlich für sie. Nur durch deren Eingliederung und richtige Ausbildung in das ganze System der Reichs-, Staats-, Verbands-, Gemeindebesteuerung können die höheren Klassen so belastet werden, wie es die soziale Gerechtigkeit in der Besteuerung, wie es die Ueberlastung der Volksmasse mit Verbrauchssteuern, zumal mit Agrarzöllen, wie es der mit der Ausgleichung dieser Ueberlastung durch die genannten Steuern, welche auch die oberen Klassen mit treffen, doch noch verbleibenden weiteren höheren Leistungsfähigkeit der oberen Klassen entspricht.“

Niemand wird behaupten wollen, daß diese Worte nicht beweisbringend wären. Wenn man ihnen dennoch kein Gehör schenkte, so geschähe es eben, wie bereits ausgeführt, aus purem Klasseninteresse. Zufällig und nur auf Grund einer veralteten im Wortlaut wie im Sinne Reichstagswahlkreiseinteilung haben die Vertreter der reichen Leute mehr Stimmen als ihnen von Rechts wegen gehören. Das macht sich ihr geschäftsführender Ausschuß, nämlich die Regierung, zunutze, indem sie aus Angst, daß es bald zu solchen Kunststückchen zu spät sein dürfte, den Ausweg auf die Taschen des Volkes organisiert.

Die höhere Gerechtigkeit der direkten Reichsbesteuerung im Vergleich mit der indirekten mag heute eigentlich kaum noch jemand aufrichtig zu befreiten. Aber man will eben nicht, und zwar aus sehr durchsichtigen Gründen, an die Einkommen- und Vermögenssteuer heran; sogar die Erbschaftsteuer wird mit unwichtigen Ausreden bekämpft. Indessen, die Freunde des kapitalistischen Portemonnaies sind völlig in die Defensive gedrängt worden. Das Zentrum und die Konservativen haben ihren Widerstand gegen direkte Besitzsteuern nach der letzten „Reform“ gar zu schwer bühen müssen und werden hoffentlich bei der nächsten Wahl noch ganz andere Dinge erlöhen. Sie sind daher eifrig bei der Arbeit, dem Volke zu zeigen, die ganze Geschichte sei eigentlich ein großes „Missverständnis“: sie seien ja auch für Besitzsteuern, bloß allerdings für andere, als die Sozialdemokratie fordert. Der Zentrumspolitiker Martin Spahn, ein Sohn des jetzigen Reichstagspräsidenten Peter Spahn, hat dem Versuch dieser Irreführung des Volkes neuerdings ein ganzes Buch gewidmet, in dem er darzustellen bemüht ist, daß Verbrauchssteuern und Verzinsungssteuern eigentlich viel schwerer und besser seien als Einkommen- und Vermögenssteuern. Als echter Professor und noch echter Zentrumsmann ist er natürlich um eine eigene Formel dafür nicht verlegen und schlägt vor, an Stelle der Besteuerung des Einkommens und Vermögens die Besteuerung der „Einkommensgewinnung“ und des „Einkommensverbrauchs“ zu setzen. Die Gesetzgebung solle, so meint er, alle Erträge zu erziehen suchen, die aus der von dem modernen Verkehre befruchteten Produktion hervorgehen. Worte, nicht als Worte!

Da wir nicht mehr in den Zeiten der isolierten Hauswirtschaft leben, so muß natürlich zwischen den verschiedenen Menschen ein Verkehr stattfinden; dieser Verkehr nimmt im Verhältnis des Kapitalisten und des Arbeiters die Form des Ausbeutens an, im Verhältnis des Händlers und des Konsumenten die Form des Handelsprofits, im Verhältnis des Hausbesitzers und des Mieters die Form der Miete oder Pacht. Aber kein Verkehr besteht um seiner selbst willen, wenn man etwa von der reinen Geselligkeit abliest, sondern jeder Verkehr soll dazu dienen, den miteinander Verkehrenden ein Einkommen zu schaffen oder zu vermehren. Folglich hat es offenbar gar keinen Zweck, den Verkehr in seinen Einzelheiten zum Gegenstand der Besteuerung zu machen, sondern es genügt, seinen Gendeffekt zu treffen. Dadurch und dadurch allein wird auch eine widerwärtige und lähmende Belastung des Verkehrs, der gegen alle Beschränkungen und Beschränkungen sehr empfindlich ist, vermieden. Die von Spahn vorgeschlagenen Verbrauchssteuern sind nicht anderes als die alten Schlagsäume, mit denen in Großhändlers Zeiten unsere Landstraßen „verzieren“ waren; nur die Form hat gewechselt. Es gehörte eine polizeiwidrige Dummheit dazu, diesen Weg zu betreten und dabei zu glauben, man würde auf ihm zum Ziele der Gerechtigkeit in der Besteuerung gelangen!

So geht es nun einmal: Wer mit faulen Ausreden die einzige gerechte Besteuerung der im Einkommen und Vermögen zutage tretenden Leistungsfähigkeit der einzelnen abtum will, der gerät in einen Irzgarten von Widersprüchen und Unmöglichkeiten hinein, mag er nun Sydom oder Bilow oder Spahn oder sonstwie heißen.

Technische Umwälzungen.

Wieviel technische Neuerungen in den Branereien und auch in den Brennereien im Laufe der Jahre Eingang gefunden haben, alle zu dem Zweck, um die Produktion zu beschleunigen, das heißt in erster Linie, Arbeiter zu sparen, wissen die Kollegen aus eigener Erfahrung. Kürzlich berichtete die Presse über eine in Betrieb gesetzte Flaschenfabrikationsmaschine, mit welcher lange experimentiert wurde, ehe sie funktionierte und dem Zwecke dienlich gemacht werden konnte. Eine solche Maschine ist in der Straßauer Glashütte aufgestellt und leistet ganz Angelegentliches in der Auserbetriebsleistung von Arbeitsträften. Sie produziert 20 000 Flaschen pro Tag und bekommt es fertig bei einer Bedienung durch zwei Arbeiter und drei Bürschen die Leistung von 80 Glasmachern zu erleben. Also 75 Mann von 80 macht die Maschine brotlos, und wenn sie allgemein eingeführt ist, werden Tausende von Arbeitern entbehrlich. Ueber die Maschine selbst wird berichtet:

„An dieser Maschine, die vortrefflich arbeitet, ist jeder Teil ein technischer Sakk mortale, ein Wagestück, von dem es heinhähe unmöglich scheint, daß es gelingen kann. Welch ein Mut gehört allein schon dazu, einen Glasofen zu bauen, der mit der 1500 Grad heißen flüssigen Glasmasse sich ständig dreht. Diese Funktion ist notwendig, damit immer wieder kräftig gewärmtes Glas an die dem Feuer nicht erreichbare Schöpfstelle der Maschine kommt. In diesem Punkt taucht in das flüssige Glas das Mundstück einer Form mit einem stabförmigen Hohlraum. Dieser Hohlraum ist genau so groß wie die Glasmasse, die für eine Flasche notwendig ist. In dem Moment, da das Mundstück eintaucht, wird in dem Hohlraum ein luftverdünnter Raum erzeugt. Dadurch füllt er sich mit dem ziehflüssigen Glas. Schon berührt die gefüllte Form den Ofen, und nach wenigen Sekunden öffnet sie sich. Ihre beiden Hälften gehen weit auseinander, und nun sieht man einen rotglühenden, zwar noch sehr weichen, aber nicht mehr flüssigen Glasstab frei an dem Maschinenarm hängen. Von oben kommt ein kurzer Stößel und drückt ein zwei Zentimeter tiefes Loch in die obere kleine Fläche des zentrecht hängenden Stabes. Dann erschneint plötzlich, jetzt noch in zwei Hälften geteilt, eine zweite Form, deren innerer Hohlraum genau die Fassung der fertigen Flasche hat. Diese Form legt sich in luftdichtem Verschluss der beiden Hälften um den Glasstab. Und nun wird in das kleine von dem Stößel oben hineingestoßene Loch Preklust eingeblasen. Die Folge ist, daß der schlaffe massige Stab auseinandergepreßt wird, daß er außen die Fassung der neuen Form, also einer Flasche, erhält und innen hohl wird. Darauf öffnet sich nun auch die zweite Form und die rotglühende Flasche fällt durch einen Trichter in ein kleines Maschinchen, wo ihr noch rasch der Boden und das Mundstück recht tabellos glatt gepreßt werden. Von dort kommt sie als fertig sofort in den Kühlkasten.“

All die hier geschilderten Vorgänge vollziehen sich an der Maschine genau so rasch wie man sie liest. Vom Auffüllen des flüssigen Glases bis zum Marsch der fertigen Flasche zum Kühlkasten vergehen noch nicht zwei Minuten. Dabei arbeitet die Maschine zu gleicher Zeit immer an sechs Flaschen. Alle Bewegungen an ihr vollziehen sich automatisch. Wenn sie einmal in Betrieb gesetzt ist, braucht niemand mehr sie zu berühren. Das wäre auch wegen der starken Erwärmung aller Teile wenig ratsam. Wunderbar ist, mit welcher Prägnanz sich die außerordentlich mannigfaltigen und komplizierten Bewegungen vollziehen. Wenn die automatische Umwälzung der Luftsaugleitung gegen die Druckluftleitung über dem Glasstab ist ein technisches Meisterstück. Das gleiche gilt von der Kühlung der eiserne Formen, die durch die Berührung mit dem glühenden Glas gefährlich erhitzt werden. Immer, wenn sie nicht arbeiten, werden die Formensäckchen wieder

ganz automatisch von einem kalten Luftstrom kräftig angeblasen, der ihre Temperatur heruntersetzt.

Es ist gar nicht möglich, in kurzem alle die Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, die der Erfinder Owen hat überwinden müssen, bis seine Maschine so arbeitete, wie sie es heute tut.

Der Erfinder dieser Maschine, Owen, ist ein Amerikaner. Für die Erlaubnis zur Benutzung seines Patents für das Festland von Europa hat er sich die schöne Summe von 15 000 000 Mk. zahlen lassen.

Das sind die Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Durch nachdrücklichste Forderung und Erklämpfung einer entsprechenden Verkürzung der Arbeitszeit können die Arbeiter hinreichend der Schäden, die sie durch die technischen Neuerungen erleiden, einigermaßen einen Ausgleich schaffen.

Die Opfer der Arbeit.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen aus dem Jahre 1908, die wiederum erst jetzt dem Reichstage vorgelegt sind, haben ein besonderes Interesse deshalb, weil sie zeigen, in welcher Weise die wirtschaftliche Krise die Zahl der Betriebsunfälle beeinflusst hat.

Die Zahl der in den gewerblichen Berufsvereinigungen versicherten Personen kleiner, als im Vorjahre war, während sonst eine Zunahme eingetreten ist.

Die Zahl der in den gewerblichen Berufsvereinigungen versicherten Betriebe von 673 118 im Vorjahre auf 666 824 gesunken. Je weniger Personen von der Versicherung erfaßt werden, desto geringer muß auch bei sonst gleichbleibenden Umständen die Zahl der versicherten Personen sein.

Die Zahl der schwereren versicherungspflichtigen Unfälle, d. h. der Unfälle, für die im Laufe des Jahres zum ersten Male Entschädigungen gezahlt worden sind, ist von 75 370 im Jahre 1907 auf 74 581 und von 9 58 pro Tausend beschäftigte Arbeiter auf 9 48 gefallen.

Die Zahl der Unfälle bei den männlichen Arbeitern über 16 Jahre gegen 278 im Vorjahre, 249 Knaben unter 16 Jahre gegen 270 im Vorjahre und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 68 861 im Vorjahre.

Die Zahl der Unfälle bei den weiblichen Arbeiterinnen über 16 Jahre gegen 278 im Vorjahre, 249 Knaben unter 16 Jahre gegen 270 im Vorjahre und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 68 861 im Vorjahre.

Die Zahl der Unfälle bei den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen im Jahre 1908 gegen 278 im Vorjahre, 249 Knaben unter 16 Jahre gegen 270 im Vorjahre und 69 027 männliche Arbeiter über 16 Jahre gegen 68 861 im Vorjahre.

Folge hatten, ist aber von 2843 im Jahre 1907 auf 2980 gestiegen. Auffallend ist es, daß die Zahlen sowohl der gemeldeten Unfälle als auch der Unfälle mit tödlichem Ausgange nicht unbedeutend gestiegen sind, während die Zahl der von den landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen entschädigten Unfälle eine Abnahme aufweist.

Von den staatlichen Aufsichtsbehörden waren 689 135 Arbeiter beschäftigt gegen 662 127 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 49 864 im Jahre 1907 auf 52 275 und von 75,31 pro 1000 Arbeiter auf 73,12 gestiegen.

Von den Provinzial- und Kommunaufsichtsbehörden waren 70 837 Arbeiter beschäftigt gegen 67 950 im Vorjahre. Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist von 2770 im Jahre 1907 auf 2761 gestiegen; aber auf 1000 Arbeiter kamen nur 39,20 angemeldete Unfälle gegen 40,77 im Vorjahre.

Für die Versicherungsanstalten festliehen die Zahlen der versicherten Arbeiter. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist hier von 3068 auf 2998 und die Zahl der zum ersten Male entschädigten Unfälle ist von 1347 auf 1249 gefallen.

Im ganzen ist die Zahl der angemeldeten Unfälle von 662 901 im Jahre 1907 auf 662 321 gefallen, die Zahl der Unfälle, für die im laufenden Jahre zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, ist ebenfalls von 144 703 im Jahre 1907 auf 142 965 herabgegangen.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. - Tarifverträge. - Differenzen.

† Zugzug ist ferngehalten nach Wiesrich a. Rh., Marktredwitz, Düsseldorf (Walfabrik Rüppers) und Bielefeld bei Erfurt.

Brauereien.

† Alten. Am 19. Dezember fand eine außerordentlich stark besuchte öffentliche Brauerarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Golljurner-Allm über den Ablauf des bestehenden Tarifvertrages und die Stellungnahme zu dessen Kündigung referierte.

Die Disziplin war sehr lockert. Als erstes Diskussionsreferat blieb es einem Herrn Pjander von den „Christlichen“ vorbehalten, sich zu blamieren und die Versammlung höchst interessant zu gestalten.

Die Disziplin war sehr lockert. Als erstes Diskussionsreferat blieb es einem Herrn Pjander von den „Christlichen“ vorbehalten, sich zu blamieren und die Versammlung höchst interessant zu gestalten.

Die Disziplin war sehr lockert. Als erstes Diskussionsreferat blieb es einem Herrn Pjander von den „Christlichen“ vorbehalten, sich zu blamieren und die Versammlung höchst interessant zu gestalten.

Die Disziplin war sehr lockert. Als erstes Diskussionsreferat blieb es einem Herrn Pjander von den „Christlichen“ vorbehalten, sich zu blamieren und die Versammlung höchst interessant zu gestalten.

mäulern den Mund zu stopfen. Es klingt wie ein Hohn, wenn diese Christenführer vorgeben, das Interesse der Brauerarbeiter zu wahren, während doch ihre ganzen Leistungen darauf gerichtet sind, diese der Arbeitslosigkeit zu überweisen.

Gern Herr Pjander ließen seine Vorbeeren noch nicht in Ruhe; er meinte in seiner Bescheidenheit, daß er als gewöhnlicher Arbeiter einem Verbandsfunktionär allerdings nicht gewachsen sei, auch müßten sie erst den Bezirksleiter fragen, was sie in dieser Tarifangelegenheit zu tun haben.

Kollege Moshammer (ebenfalls gewöhnlicher Arbeiter) bemerkte unter schallender Heiterkeit, daß eine so faule Sache zu vertreten, wie es heute Herr Pjander versuchte, weder ein Funktionär noch ein gewöhnlicher Arbeiter fertig bringt.

Kollege Golljurner berichtete noch kurz über die Entlassung eines organisierten Arbeiters in der Schlegelbrauerei in Wasseralfingen, bezog über die Verhandlung mit Brauermeister Jos. Genosse Wagner machte den Vorschlag, die Geschäftsleitung des Konsumvereins zu beauftragen, mit genanntem Brauermeister weitere Verhandlungen zu pflegen.

Nach einem kräftigen Appell zur eifriger Agitationsarbeit, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Kollege die Notwendigkeit der Organisation begriffen hat, schloß Moshammer die imposant verlaufene Versammlung.

† Berlin. In vier Gruppenversammlungen nahmen die Berliner Brauerarbeiter den Bericht der Lohnkommission über Aufstellung des Tarifentwurfs entgegen. Am 14. Dezember tagten die Maschinenisten, Geißler, Handwerker und deren Hilfsarbeiter, am 15. Dezember Fahrpersonal, Stalleute und Hofarbeiter, am 16. Dezember Flaschenkellerarbeiter, Diverse und Weißbierbrauerarbeiter, und am 18. Dezember Brauer und Brauerhilfsarbeiter.

† Göttinge. Eine gutbesuchte Versammlung am 27. Dezember nahm Stellung zum Ablauf des Tarifes am 1. April 1910. Bezirksleiter Kollege Schmutz unterzog die Mängel des bestehenden Tarifes einer ausgiebigen Kritik, und nachdem einzelne Punkte diskutiert und von verschiedenen Kollegen die Aufstellung eines neuen Tarifes empfohlen wurde, beschloß die Versammlung einstimmig demgemäß.

† Glogau. Beendigung des Streiks. Der seit Ende Oktober dauernde Kampf wegen Maßregelung in der Vorkabibrauerei Glogau, welcher Herr Verthoff, wurde unter folgenden Bedingungen aufgehoben: Herr Verthoff verpflichtet sich, fünf von den Streikenden einzustellen und die Organisation anzuerkennen.

† Landeshut i. Schl. Durch Vermittlung der Gauleitung wurde in der hiesigen Aktienbrauerei die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Die Kollegen waren erst in diesem Sommer dem Verband beigetreten; als das zu Ohren der Direktion kam, wurden die Monatslöhne um 5 Mk. erhöht.

† Ludwigshafen. In der Brauerei Bürgerbräu in Ludwigshafen gab es vor einigen Tagen eine hochnotpeinliche Unterredung mit Urteil, dessen Vollstreckbarkeit aber durch die Arbeiter im Bürgerbräu, die ausnahmslos dem Verbands angehören, unmöglich gemacht wurde.

† Glogau. In der Brauerei Bürgerbräu in Ludwigshafen gab es vor einigen Tagen eine hochnotpeinliche Unterredung mit Urteil, dessen Vollstreckbarkeit aber durch die Arbeiter im Bürgerbräu, die ausnahmslos dem Verbands angehören, unmöglich gemacht wurde.

† Glogau. In der Brauerei Bürgerbräu in Ludwigshafen gab es vor einigen Tagen eine hochnotpeinliche Unterredung mit Urteil, dessen Vollstreckbarkeit aber durch die Arbeiter im Bürgerbräu, die ausnahmslos dem Verbands angehören, unmöglich gemacht wurde.

† Glogau. In der Brauerei Bürgerbräu in Ludwigshafen gab es vor einigen Tagen eine hochnotpeinliche Unterredung mit Urteil, dessen Vollstreckbarkeit aber durch die Arbeiter im Bürgerbräu, die ausnahmslos dem Verbands angehören, unmöglich gemacht wurde.

† Glogau. In der Brauerei Bürgerbräu in Ludwigshafen gab es vor einigen Tagen eine hochnotpeinliche Unterredung mit Urteil, dessen Vollstreckbarkeit aber durch die Arbeiter im Bürgerbräu, die ausnahmslos dem Verbands angehören, unmöglich gemacht wurde.

gestellt wird und die Verteilung der Güter nach dem Prinzip der Gerechtigkeit stattfindet. Die ungerichtete (anarchistische) Produktion soll in eine organisierte, d. h. dem Bedarf der Wirtschaftsgemeinschaft angepasste, die arbeitsfreien Einkommen von Grundrente, Zins und Unternehmerrisiko sollen in Arbeitsentgelt umgewandelt werden.

Wir haben von der individualistisch-kapitalistischen Gestaltung des Wirtschaftslebens zu lernen, wie der ungerichtete Reichtum an Bedarfsgütern auf die rationellste Art erzeugt, wie durch die zweckmäßigste Verbindung von Natur, Arbeit und Kapital die höchste Produktivität erreicht wird, und wie der Antrieb zur höchsten wirtschaftlichen Kraftentfaltung durch die Handels- und Gewerbefreiheit und die freie Konkurrenz erhalten bzw. gefördert und gefördert werden kann. Reichtum erzeugen, ist das wirtschaftliche Problem.

Inderevorteils ist es die Aufgabe des Staates und der freien geschäftlichen Bestrebungen, den sozialen Missetatenden, welche die kapitalistische Produktionsweise und die freie Konkurrenz notwendig gezeitigt haben, zu begegnen; unter Beibehaltung der persönlichen Freiheit und der individualistischen Gestaltungskraft den Weg zu finden, wie der Reichtum an Natur- und Industrie-Produkten bei Nutzung und beglückend in alle Kanäle der sozialen Organisation geleitet und jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen eine auskömmliche Existenz mit dem gerechten Anteil an Lebensgenuss und Lebensglück gesichert werden kann: den Reichtum gerecht zu verteilen, das ist das soziale Problem.

Der Reichtum gerecht zu verteilen, das ist das soziale Problem. Der Reichtum soll nicht dazu mißbraucht werden, daß nur einzelne wenige ihn sich aneignen, indessen große Massen des Volkes in Armut und Elend unkommen; sondern der Reichtum soll gesellschaftliche Funktionen annehmen und dadurch nicht nur die Armut mindern und schließlich aufheben, sondern durch die Förderung und Mehrung der Konsumkraft auch die Produktionskraft mehren. Der Reichtum soll Segen stiften und neuen Reichtum erzeugen.

Wie kann das Problem gelöst werden? Die soziale Reform muß mit der Organisation der Konsumvereine beginnen, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. Jeder Mensch ist Konsument; indem man also die Konsumkraft zum Ausgangspunkt der Vereinigung, des Zusammenchlusses, der Organisation macht, gewinnt man die breitesten Basis. Wir schaffen dadurch eine Wirtschaftsgemeinschaft, welcher alle Glieder ihrer elementarsten Bedürfnisse angehören können. Die Qualität zur Mitgliedschaft bringt jedes Kind mit auf die Welt; jeder Mensch ist Konsument von der Wiege bis zum Grabe; sein Ansehen und seine Zugehörigkeit zur Wirtschaftsgemeinschaft der Konsumenten ist dokumentiert durch sein Dasein, durch die im Stoffwechsel begründeten Lebensfunktionen. Kein anderes Kind selbst nicht das familiäre oder staatliche, ist so fest und unlosbar, wie das durch die Konsumgenossenschaft gegebene.

2. Aus diesem Grunde liegt auch in der Konsumtenorganisation die höchste wirtschaftlich-soziale Macht; sie ist härter als alle Kräfte der Welt, wenn sie zum Bewußtsein ihrer Kraft gelangt und national und international organisiert wird.

3. Naturgemäß schließen sich der Organisation der Konsumten zunächst in zahlreicher Vertretung nur diejenigen an, die in ihrer Lebenshaltung eingeschränkt, mit Not und Entbehrung zu kämpfen haben; die benötigt sind, ihr Einkommen in sparlicher Weise zur Erwerbung von Bedarfsgütern zu verwenden. Die Organisation der Konsumten gestaltet sich daher zu einem Werk der sozialen Selbsthilfe der Arbeiter und der übrigen Angehörigen der unteren und mittleren Stände; wer hier tätigen Anteil nimmt, wird zum Mitarbeiter im Kampfe gegen Not, Elend, Entbehrung und verzichtet ein menschenunwürdiges Werk, das infolge des Charakters der Selbsthilfe viel höher anzuschlagen ist als alle Formen der Militantität, ja selbst der Mitarbeit an der Politik. Denn allen Sprichwort: „Armut kann die Armut am besten erziehen“ setzen wir den Gedanken gegenüber:

„Wer den Staatsbankrott und Militantität vermag das darbenende und notleidende Volk dauernd auf eine höhere Stufe der Lebenshaltung zu führen; nur die aus der Selbsthilfe herausgewachsenen wirtschaftlichen, intellektuellen und moralischen Kräfte erlärmen sich neue und bessere Lebensbedingungen; Selbsthilfe ist aber dem Schwachen nur möglich im genossenschaftlichen Zusammenbruch; sein Gehör und wertvollster Einsatz in die Genossenschaft ist seine Konsumkraft. Der eingeschriebene Konsument ist kein Konsumkraft weg; der organisierte Konsument begründet mittels derselben seine Wohlfaßt.

machen am Finger. Diese Verletzung wurde nicht weiter beachtet und der Mann arbeitete ruhig weiter. Einige Tage später war der Verletzte wieder mit Zahnläden beschäftigt, wobei die alte Verletzung aufgerissen wurde. Ein Nebenkollege hat dann die blutende Wunde so gut wie es ging verbunden, und wieder ging es flott an die Arbeit. Der verletzte Finger entzündete sich jedoch bald sehr heftig, heftige Schmerzen traten auch im Arme auf, so daß bald ein Arzt konsultiert werden mußte. Der Arzt konstatierte eine starke Bluterkrankung und ordnete sofortige Krankenhauspflege an. Im Krankenhaus angekommen, verschlimmerte sich der Zustand des Verletzten am gleichen Abend noch derartig, daß in der folgenden Nacht schon der Tod eintrat. Am Morgen trauerte eine Witwe mit drei unmündigen Kindern, die sich die Ursache des frühen und jähen Todes ihres Ehemannes nicht erklären konnte und längere Zeit später die Hilfe des Arbeitersekretariats anrief, damit ihr die Inhabitenbeiträge ihres verstorbenen Ehemannes erstattet würden. Hier wurde ihr nach Schilderung des Sachverhalts erst der Bescheid, daß jedenfalls ein Betriebsunfall vorliege und der Versuch unternommen werden müßte, Unfallrente zu erhalten.

Die Berufsgenossenschaft wollte jedoch von der Entschädigung des Falles nichts wissen, da „ein Unfall weder erwiesen noch wahrscheinlich sei“. Mutlos wollte die arme Witwe wieder die Weiterverfolgung ihrer Ansprüche fallen lassen und müßte ihr förmlich die Berufung aufgebracht werden. Es wurden dann die Unfallzeugen erst ermittelt, welche schriftlich bestätigten, daß sich der Verletzte bei der Arbeit verletzt hatte. Beide Zeugen gaben zu, daß die Jagdreisen rötlich waren und die Wunde nicht sauber gehalten, jedenfalls die Bluterkrankung so entstanden sei. Auch der zuerst behandelnde Arzt schrieb dem Arbeitersekretariat, daß eine „Phlegmone“ (Bluterkrankung) nach Fingerverletzung vorliege, „durch die Wunde ist dann die Entzündung und Eiterung entstanden“.

Das Schiedsgericht nahm diese Beweismittel entgegen und gab sie der Berufsgenossenschaft zur Aufklärung weiter. Nun erst bequimte sich diese dazu, den Unfall als Betriebsunfall anzuerkennen und der Witwe und Kinder pro Monat 77,70 Mk. Rente zu gewähren.

Dieser Fall zeigt, wie vorsichtig auch unsere Kollegen, die täglich derartigen Verletzungen ausgesetzt sind, sein sollten. Auch die Frau muß aufgebracht werden, denn im vorliegenden Falle hätte die Unwissenheit der Witwe leicht zum Verlust der Rente geführt, die sie jetzt so nötig brauchen kann und die die Zukunft ihrer Kinder einigermaßen sichert.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbur.: Schäferstr. 6 IV, Berlin O.27. Fernspr.: Amt VII, 275. Diese Woche ist der 2. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Beitragszahlung betreffend.

Um weiteren Anfragen wegen Zahlung des 53. Wochenbeitrages zu begegnen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß hierfür der Vorstand im Mitgliedsbuch maßgebend ist. Der 53. Beitrag ist danach nicht im Jahre 1909 zu zahlen, sondern wird erst im Jahre 1910 fällig. Der Zirkular entstand durch den Vordruck von 53 Nummern auf den Kontrollkarten. Letztere sind eben nicht, wie die Mitgliedsbücher, für bestimmte Jahre vorgebracht, sondern zu beliebigem Gebrauch bestimmt. Da nun 53 Beitragswochen vorkommen, so sind bei allen Kontrollkarten stets 53 Nummern vorgelesen. Ist die Beitragszahlung mit 52 Wochenbeiträgen beendet, so braucht natürlich die 53. Nummer in der Karte nicht abgefeimpelt werden. Diese muß dann irgendwie erneuert werden.

Der Hauptvorstand.

Abrechnungen.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß die Abrechnung für das 4. Quartal 1909 bis spätestens den 15. Januar 1910 fertigzustellen und an den Hauptkassierer einzusenden ist. Mit der Abrechnung muß außerdem noch eingeleistet werden:

- 1. Das überflüssige Geld.
2. Alle Quittungen und Belege für gemachte Auslagen, die bei der Abrechnung vom vierten Quartal mit berechnet sind.
3. Aufnahmehefte.
4. Revisionsbericht.
5. Nachweisung über im vierten Quartal 1909 verleihte Erwerbslosenmarken.

Die Abrechnungen des vierten Quartals 1909 werden der Einteilung der Zahlstreife zum Delegiertentag, welcher im Jahre 1910 in Berlin stattfinden, zugrunde gelegt. Abrechnungen, welche nach dem 20. Januar 1910 einlaufen, können bei der Zahlstreifeinteilung nicht mehr berücksichtigt werden.

Vom Neujahr 1910 ab bitten wir die Zahlstellenverbände und Ganzeiter, folgende Regeln zu beachten:

- 1. Berichte über den Ausgang von Lohnbewegungen und erledigten Differenzen möglichst sofort und unter allen Umständen vermittelt der hierzu vorgebrachten Fragebogen und Berichtsformulare einzusenden.
2. Bei Prozessen, wozu der Verbandsvorstand Rechtschutz erteilt, ist der mit der Prozeßführung beauftragte Advokat zu beauftragen, sofort nach Erledigung des Prozesses an den Hauptvorstand zu berichten.
3. Prozesse, welche an den Hauptvorstand gerichtet sind, sind nur einseitig zu beschreiben.
4. In einem Brief sind nie mehrere Sachen zu fassen, sondern für jede Sache muß ein besonderes Blatt Papier benutzt werden, auch dann, wenn es sich nur um kurze Mitteilungen handelt.

Senioren- und für angültig erklärte Bücher. Peter Reinhard, Brauer, Buch-Nr. 34 007, geb. 14. Mai 1870 in Sebnitz, eingetr. 10. Juni 1906 in Andernach a. Rh.; Johann Gnab, Brauer, Buch-Nr. 55 868, geb. 10. Juni 1888 zu Altdorfheim, Oberpfalz, eing. 1. April 1909 in Saarbrücken; Hermann Spedmann, Arbeiter, Buch-Nr. 15 940, geb. 11. September 1856 zu Echternach, eing. 18. April 1904 in Aachen; Heinrich Hübl, Feiger, Buch-Nr. 15 942, geb. 7. Mai 1850 zu Groppecht, eing. 6. Mai 1904 in Aachen; Günrich Weers, Arbeiter, Buch-Nr. 15 946, geb. 4. Oktober 1872 zu Herne, eing. 26. März 1904 in Aachen; Für sämtliche Bücher sind Duplikate mit gleicher Nummer anzugeben; nur diese sind gültig.

Des Brauer Johann Gnab, geb. 10. Juni 1886 in Altdorfheim (Pfalz), eing. 1. April 1909 in Saarbrücken, Buch-Nr. 55 868, jetzt in der Maßfabrik Groebe in Kettwig beschäftigt, wurden in der Gerichts- in Mannheim sein Mitgliedsbuch samt Papier und Kleider gestohlen. Bei Vorgehen des Mitgliedsbuches ist daselbst anzufragen und an den Hauptvorstand einzuliefern und Anzeige zu erstatten.

Warnung. Erich Warnung in Nr. 50 unserer Zeitung führt der Brauer Faber die Geschichte weiter aus. Mit Vorbehalt kommt er die Unvorsichtigkeit des Mannes, um bei der Frau Geld zu erspähen unter Vorgehen eines alten Mitgliedsbuches. Es

wird ersucht, ihm daselbst abzunehmen und bei der Poligel Anzeige wegen Diebstahl zu erstatten.

Im Mitteilung der Adresse des Mitgliedes Adolf Steiner, Buch-Nr. 16 090, ersucht der Hauptvorstand.

Eingänge der Hauptkasse

vom 27. Dezember bis 1. Januar. Für Beiträge: Ansbach 853,82, Weimar 200,-- Wiesenburg 10,50, Halle 873,32, Landsfurt 400,55, Für Inserate: Aachen 2,10, Dortmund 2,10, Mannheim 2,10, Frankfurt a. M. 2,10, München 2,40, Wiesbaden 14,40, Wiesloch 2,10, Berlin 2,10. Für Abonnements: Winterthur 6,30, Metternich 5,40, Ludwigsburg 10,80, Fürth 10,80, Butte Mont (Nordamerika) 8,87, Leipzig 8,-- Basel 20,80. Für Beiträge: Berlin 0,25, Für Kollateralen: Deggendorf 2,50, Langenlauha 15,--

Materialverwand.

Essen 50 Mitgliedsbücher und 1200 Mark a 50 Pf. Aachen 1. Dtlr. 20 Mitgliedsbücher und 1800 Mark a 50 Pf. Greiz 2400 Mark a 50 Pf. und 400 Mark a 80 Pf. Nürnberg 100 Mitgliedsbücher.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Doberan. Vorsitzender ist A. Risch, Drogenmarkt 167b, Kassierer Fr. Sack, Neue Heide 99. Krefeld. Kassierer J. Schilling, Weberstr. 68, zählt Unterstützung von 12 bis 1 und von 7 bis 8 Uhr aus.

Veranstaltungsanzeigen.

Sonnabend, den 8. Januar. Amsterdam. 8 Uhr Hotel Rotterdam, Weesperglein. Ansbach. 8 1/2 Uhr Gasthaus zum Süßerbühnenhof. Cottbus. 8 1/2 Uhr bei Felix Brauer, Kronenstraße; Unorganisierte mitbringen. Eilenburg. 8 Uhr Gewerkschaftshaus Tschol. Flensburg. 8 1/2 Uhr Godefroy. Fürth. 8 Uhr Gewerkschaftshaus. Weizen. 8 Uhr bei Koloff, Gewerkschaftshaus. Sonntag, den 9. Januar. Uffenburg. 3 Uhr Waldschlochen. Aachen. Gastwirt Lambrecht in Hertzum, Braunschweig. 4 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus, Werber 32. Detmold. Vormittags 9 1/2 Uhr Zentralhalle. Düsseldorf. 2 Uhr Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8. Fürstentum. Vormittags 10 Uhr bei Thomas, Windmühlstr. 9; Referent: Madert-Berlin. Gernsb. 4 Uhr bei Trautwein, Gasthof zur guten Quelle. Gießen. 3 Uhr Restaurant C. Kommel, Zindelplatz; Referent: Ruf-Berlin; alles pünktlich; Unorganisierte mitbringen. Gamm. 2 Uhr bei Göner, Königsstr. 34. Hof. 2 Uhr Restaurant Deutsche Eiche, Weinsinger Straße. Lindau. 2 1/2 Uhr im Restaurant Engelgarten; Referent: Holzjunker-Allm. Meersane und Umgegend. 3 Uhr Gasthof zu Gabelborn, Meuselstelehen. 4 Uhr bei Herzog. Oldenburg. Vormittags 9 1/2 Uhr bei Gastwirt Kennpapel, Ohmstade. Osnabrück. Vormittags 11 Uhr bei Hoffmann; Mitgliedsbücher und Kontrollkarten mitbringen. Stadthagen-Weideburg. 3 1/2 Uhr Schaumburger Hof, Stadthagen. Tübingen. 2 Uhr Gasthaus zum Schönen Ufersten. 3 Uhr bei Polst; Referent: Kug-Hamburg. Weimar. 3 Uhr im Volkshaus. Witten. Versammlung findet erst am 15. Januar statt. Sonntag, den 16. Januar. Schwenningen und Umgegend. 2 Uhr Gasthaus zum grünen Baum in Schwenningen. Sämtliche auswärtigen Mitglieder erscheinen.

Insertate werden nur nach vorheriger Zahlung aufgenommen. Für Mitglieder kostet ein einfacher Glanzwunsch 2,10 M., über 7 Zeilen pro Zeile 30 Pfennig mehr. Nachruf. Am 23. Dezember starb nach schwerer Krankheit unser treuer Kollege Friedrich Gotthelf. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Kollegen der Zahlstelle Minden i. W. Nachruf. Am 28. Dezember starb nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied im Alter von 31 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Zahlstelle Elberfeld-Barmen-Remscheid. Nachruf. Am 27. Dezember starb nach kurzer schwerer Krankheit unser Mitglied Heinrich Paas. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Zahlstelle Kiel. Unserem Kollegen Carl Fries geht seine Frau und Familie nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zu der Beigabe ihrer herbeigewonnenen silbernen Hochzeitfeier. Die Kollegen vom Frankenthaler Brauhaus. Unserem Verbandskollegen Martin Nieberle und seiner lieben Frau Josephine geht Kampf zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zu. Die organisierten Kollegen der Zahlstelle Walsleben i. El. Kleiderfabrik u. Webererei F. Fritsche, Niedersdorf i. Sa. versetzt zu Konkurrenzlofen Preisen die besten Werkzeuge der Welt. Schreibt sowie Gut Diamantwaren. I. Drahtständerhose nur 2 Mk. II Lederhose, hart u. hürer, nur 4,50 Mk. III Lederhose mittelhart, nur 3,50 Mk. Patent-Trilohose nur 4 Mk. Eisenfeste Patentwascherei-Sojen. ff. Sonntagshosen a Maßge. Tigerstiefeln, 140/190 cm, 27, 1/2, höher, nur 1,90 Mk. Hauptartikel gratis. = Retention sehr lohnend. =

Neu! Wasserdichte Holzschuhe! Neu! Das Beste ist das Billigste. Hch. Schäfer, Hannover, Schaferstraße 5. Alle Modelle 3,70, neue Modelle 4,-- und Leder befüllt 1,-- mehr, sowie andere Modelle. Katalog franco.



Brauertiefel mit 2 Gürteln, schmalen wie Abbild., aber 3 Schnüren, ohne od. mit hartem Filzfutter, hinten ohne Schnüre. aus einem Stück feinstwebiges, absolut wasserdichtes, geräumtes reines Leder (kein in Wasser lappig und unbeständig weiches Schaffner wie meist Rabenware), mit Kräftigen, korrosion, imprägnierten, leicht Golddichten, Stoffkappen und Schutzblechen Paar 27, 2, 66, mit Abgabeln und Stiel 24, 34, mit Lederkappen 30 Pf. mehr pro Paar; ohne Golddichten, mit Imprägnierten, wasserdichten Doppellederhosen in reiner Handarbeit Paar 27, 8, 40; ferner mit Imprägnierten, wasserdichten Doppellederhosen in reiner Handarbeit, ferner mit Imprägnierten, wasserdichten Doppellederhosen in reiner Handarbeit, ferner mit Imprägnierten, wasserdichten Doppellederhosen in reiner Handarbeit. Preisliste mit Vorzugs-offerte, auch über Bestellungen, gratis und franco in Abbildung, auch über die Verhältnisse, Postkarte mit ff. Maßstab, Paar 30 Pf. - Fern in K. K. Verbleib am 21. 4. 1909: „Die Schuhe sind jetzt unbedenklich für den Brauerbetrieb.“ Offiziere. Socken (selbstgestrickt, reitwollent, feste prima Ware in allen Größen. Dual I M 1,-- p. Paar, Dual II M 1,20. Garantie. Nichtpassendes wird zurückgenommen. Versand gegen Nachnahme. Bei Abnahme 1 Dutz. portofrei. Proben führen zu dauernder Zufriedenheit. Merkantilische Strumpfdruckerei H. Müll, Nürnberg, Färberstraße 143.